

**Angebotsaufforderung:**

**Vergabeverfahren: Pachtvertrag Eisverkauf am Haus der Kunst**

**Zielsetzung der Auftragsvergabe / Leistungsinhalt**

Das Haus der Kunst ist ein öffentliches Museum ohne eigene Sammlung und ein weltweit führendes Zentrum für zeitgenössische Kunst. Es ist der Untersuchung der Geschichte und der Geschichten der zeitgenössischen Kunst verpflichtet; im Mittelpunkt der Arbeit des Haus der Kunst stehen Ausstellungen, Performances und Musikveranstaltungen sowie Wissensvermittlung.

Anlässlich der Ausstellung „Für Kinder. Kunstgeschichten seit 1968“ soll ein/e Pächter\*in Speiseeis auf einer Außenfläche des Haus der Kunst im eigenen Namen und auf eigene Rechnung verkaufen.

**Vertragspartner / Verpächter ist**

Stiftung Haus der Kunst München  
gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH  
Prinzregentenstraße 1  
80538 München

vertreten durch die kaufmännische Geschäftsführerin Bianca Knall und den künstlerischen Geschäftsführer Andrea Lissoni

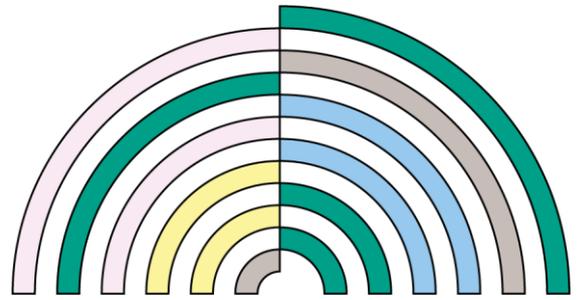
**Vergabearart**

Öffentliche Ausschreibung nach der Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte VgV durchgeführt.

**Vertragsart**

Pachtvertrag

Beschreibung des Pachtgegenstandes entnehmen Sie bitte der Leistungsbeschreibung



### **Wertungskriterien: Überzeugendes Gesamtkonzept für Eisverkauf am Haus der Kunst**

Ein wesentlicher Schlüssel für den Erfolg einer Eisdielen ist ein gutes Konzept. Bitte führen Sie Ihr Konzept in Anlehnung der Leistungsbeschreibung mit einem Finanzplan in einer Präsentation aus.

Weiterhin weisen wir auf die Einhaltung insbesondere folgender Punkte hin: Gewerbebeantragung (Umsatzsteuer- und Steueridentifikationsnummer, Gewerbesteueranmeldung)

Baugenehmigung inkl. ggf. denkmalrechtlicher Genehmigung, Brandschutz und ggf. Genehmigungen für Außenwerbung

Elektrische Installationen nach DIN VDE 0100 im Verkaufscontainer

Erfüllung der Lebensmittelhygieneverordnung und EU-Verordnung EG 852/2004

Betriebsanmeldung für Lebensmittelbetriebe beim Gesundheitsamt

Gesundheitszeugnisse und Hygieneschulungen nach § 43 Infektionsschutzgesetz

Anmeldung bei der Berufsgenossenschaft

Anmeldung bei der gesetzlichen Sozialversicherung für Mitarbeitende

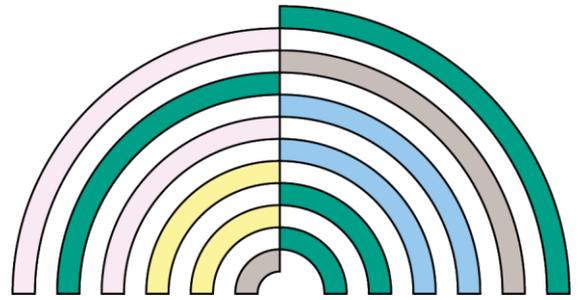
Anmeldung bei der Betriebshaftpflichtversicherung

Anmeldung für die fachgerechte Entsorgung von Abfällen

Bieterfragen bitte an [vergabe@hausderkunst.de](mailto:vergabe@hausderkunst.de)

Bitte machen Sie entsprechende Angaben, in der anliegenden **Eigenerklärungen 4.2**

Die Bieter haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot die ausgefüllte Eigenerklärung vorzulegen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von anderen Unternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.



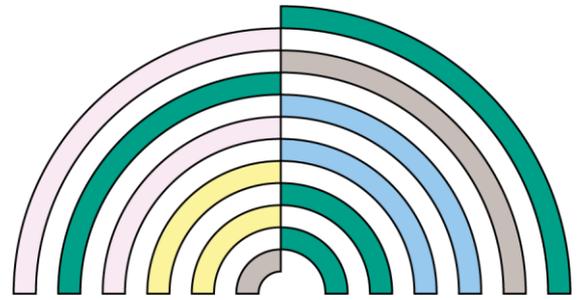
Es liegt ein dringender Fall vor, die Teilnahmefrist wird auf bis zu 15 Tage verkürzt (§ 16 Abs. 3 VgV)

Schlusstermin für den Eingang der Angebote (Angebotsfrist)  
**Freitag 23.05.2025, 20:00 Uhr**

Letzter Termin zum Stellen von Bieterfragen:  
**Montag, 19.05.2025, 15:00 Uhr**

Bekanntgabe der Antworten zu den Bieterfragen (spätestens)  
**Donnerstag, 22.05.2025**

Ihre Bewerbungsunterlagen und Bieterfragen können Sie unter [vergabe@hausderkunst.de](mailto:vergabe@hausderkunst.de) einreichen.



### **Ausschreibung Pachtvertrag Eisverkauf am Haus der Kunst**

Das Haus der Kunst ist eine öffentliche Institution, die Kunst als eine Form des gesellschaftlichen Austauschs versteht, an dem sich alle beteiligen können. Das künstlerische Programm hat den Anspruch experimentell, transnational und transdisziplinär zu sein. Das Haus der Kunst ist außerdem ein Ort der Begegnung: Hier werden die Besucher\*innen dazu eingeladen, vielfältige Ideen und Dialogformen kennenzulernen und auszuprobieren.

Als öffentliche Institution betrachtet das Haus der Kunst Diversität, Gleichberechtigung, Inklusion und Zugänglichkeit als zentrale Werte seiner Arbeit. Diese Werte werden in allen Bereichen des Museums gelebt: von der Programmplanung über die Entwicklung der Ausstellungen bis hin zur Einbeziehung des Publikums und Einstellung von Personal.

Ganz konkret heißt es, dass Besucher\*innen, Künstler\*innen und Mitarbeiter\*innen gleich anerkannt, behandelt und wertgeschätzt werden. In der Kommunikation achtet das Haus der Kunst auf geschlechtergerechte Sprache und inkludiert alle Menschen. Das gilt unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion, Behinderung, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität. Dafür setzt sich das Haus der Kunst ein und dafür steht das Haus der Kunst.

Beginnend mit geplanten Ausstellung „Für Kinder. Kunstgeschichten seit 1968“ schreibt das Haus der Kunst folgende Pachtvertrag aus.

#### **Leistungsbeschreibung:**

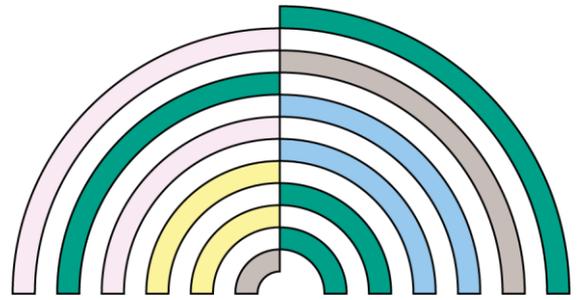
Das Haus der Kunst sucht einen Pächter, der den Besucher\*innen einen weiteren Verweilgrund bietet und den Besuch durch Genuss von Speiseeis aufwertet. Der Pächter soll Speiseeis auf einer Außenfläche des Haus der Kunst im eigenen Namen und auf eigene Rechnung verkaufen. Andere Produkte wie z.B. Kaffee oder Waffeln sind vorerst nicht zugelassen. Die Parteien möchten den Vorderbereich des Gebäudes des Haus der Kunst in Richtung Eisbach gemeinsam nutzen, um sowohl diesen für die Besucher\*innen des Haus der Kunst attraktiver zu machen als auch um eine Verbindung zu den Besucher\*innen des Eisbachs am Englischen Garten und dem Haus der Kunst herzustellen.

#### **Pachtgegenstand:**

Der Verpächter stellt dem Pächter eine Verkaufsfläche auf der Prinzregentenstraße zur Verfügung. Die Pachtfläche befindet sich auf der östlichen Vorderseite des Gebäudes des Haus der Kunst und kann bis 15 qm groß sein und maximal 3.800 kg tragen.

#### **Nutzungszweck, Betriebsgestaltung und Betriebspflicht, Konkurrenzschutz:**

Der Pächter kann nur Speiseeis auf einer Außenfläche des Haus der Kunst im eigenen Namen und auf eigene Rechnung verkaufen. Der Pächter sichert der Verpächterin einen Konkurrenzschutz in der Weise zu, als dass der Pächter, für die Zeit des Pachtvertrags, sein Eisverkaufskonzept nicht anderen Museen bzw. Kulturinstitutionen in München anbieten wird.



#### Öffnungszeiten:

Die Betriebszeiten müssen mit dem Haus der Kunst abgesprochen werden und sollen sich nach den Öffnungszeiten und dem Besucherstrom richten.

Öffnungszeiten des Haus der Kunst sind:

Mo | Mi | Fr | Sa | So 10—20 Uhr

Do 10—22 Uhr

Di geschlossen

#### Beginn und Dauer des Pachtverhältnisses:

Die Pachtzeit soll mit der Ausstellung „Für Kinder. Kunstgeschichte seit 1968“ im Haus der Kunst am **17. Juli 2025** **beginnen** und für die Dauer der Ausstellung bis 1. Februar 2026 laufen.

Pachtzins: Der Verpächter wünscht sich vom Anbieter ein Konzept mit Präsentation und einem Finanzplan.

#### Gewährleistung und Haftung des Verpächters, Beschädigung und Untergang des Pachtgegenstands:

Der Pächter wird für sein Vorhaben entsprechende Versicherungen in ausreichender Höhe abschließen.

#### Beschädigung und Untergang des Pachtgegenstands:

Der Pächter wird für sein Vorhaben entsprechende Versicherungen in ausreichender Höhe abschließen.

#### Versicherungen und Verkehrssicherungspflicht:

Der Pächter wird alle im Zusammenhang mit dem Verkauf von Lebensmittel erforderlichen Genehmigungen ,Kennzeichnungen, etc. einholen und umsetzen. Der Pächter trägt die Verkehrssicherungspflicht für die Pachtfläche.

#### Instandhaltung/Instandsetzung des Pachtgegenstands und Schönheitsreparaturen/Renovierung:

werden vom Pächter getragen

[vergabe@hausderkunst.de](mailto:vergabe@hausderkunst.de)

05.05.2025

## 4.2.1 Ausschlussgründe

### §§ 123, 124 GWB, AEntG, AufenthG, MiLoG, Scientology, LkSG, Russland-Sanktionen

**Hinweis:** Diese Erklärung ist von Einzelbietern, allen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft und allen Unterauftragnehmern auszufüllen und mindestens in Textform zu kennzeichnen.

Ich erkläre / Wir erklären, dass:

- Keine Person, deren Verhalten unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach
  - § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
  - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
  - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
  - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
  - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
  - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

#### **Ich erkläre / Wir erklären weiter, dass**

- nicht durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass mein / unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und
- ich / das Unternehmen nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG und/oder § 21 des SchwarzArbG sanktioniert worden bin / ist und
- ich / das Unternehmen nicht wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Abs. 1 LkSG mit einer Geldbuße nach Maßgabe von § 22 Abs. 2 LkSG belegt worden bin / ist.

**HINWEIS:** Wenn einzelne oder mehrere der vorstehenden Punkte doch zutreffend sind, hat der Bieter diese in dieser Erklärung zu streichen und die Gründe hierfür separat in seinem Angebot zu erläutern (Umstände, Zeitpunkt und Schwere des Verstoßes, Maßnahmen der Selbstreinigung nach § 125 GWB etc.).

**Ich erkläre / Wir erklären weiter, dass keiner der folgenden Tatbestände des § 124 GWB auf mich / uns zutrifft:**

***HINWEIS:** Wenn einzelne oder mehrere der nachfolgenden Punkte doch zutreffend sind, hat der Bieter diese in dieser Erklärung zu streichen und die Gründe hierfür separat in seinem Angebot zu erläutern (Umstände, Zeitpunkt und Schwere des Verstoßes, Maßnahmen der Selbstreinigung nach § 125 GWB etc.).*

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird (§ 123 Abs. 3 GWB gilt entsprechend),
- dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- das Unternehmen
  - versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
  - versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
  - fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

## Ich erkläre, wir erklären,

- dass ich/wir gegenwärtig sowie während der gesamten Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard nicht anwende/n, lehre oder in sonstiger Weise verbreite/n, ich/wir keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuche/n und Beschäftigte oder sonst zur Erfüllung des Vertrages eingesetzte Personen keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen lasse;
- dass nach meiner/unserer Kenntnis keine der zur Erfüllung des Vertrages eingesetzten Personen die Technologie von L. Ron Hubbard anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht.
- Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns, solche zur Erfüllung des Vertrages eingesetzte Personen von der weiteren Durchführung des Vertrages unverzüglich auszuschließen, die während der Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard anwenden, lehren, in sonstiger Weise verbreiten oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen.

## Ich erkläre, wir erklären, dass:

- der / die **Bewerber** nicht zu den in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

**genannten Personen oder Unternehmen gehört / gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,**

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
  - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
  - c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**
- die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.

- und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

**Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:**

*(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:*

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,*
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder*
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,*

*auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.*

*(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für*

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienstellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,*
- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,*
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,*
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.*
- e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder*
- f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.*

*(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.*

*(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.*

**Ich bin / Wir sind uns dessen bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärungen den Ausschluss von diesem und ggf. weiteren Vergabeverfahren bzw. Aufträgen zur Folge hat. Werden diese Umstände nach Zuschlagserteilung bekannt, besitzt der Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht bzw. ein Rücktrittsrecht. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.**

|                         |       |
|-------------------------|-------|
| <hr/>                   | Datum |
| Firma                   | <hr/> |
| Erklärender in Textform | Datum |

## 4.2.2 Berufshaftpflichtversicherung

### Hinweis:

Gefordert ist der Nachweis einer Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mind. jeweils 1.500.000 € **je Schadensfall** für

- **Personenschäden und**
- **Sachschäden**

**oder** eine Erklärung, dass der Bieter eine solche Versicherung spätestens bis zum Zuschlagszeitpunkt abgeschlossen haben wird (= Mindeststandard).

Fehlt der Versicherungsnachweis **oder** die Erklärung, wird das Angebot ausgeschlossen.

Fügen Sie ggf. entsprechende Nachweise bei. Die Nachweise dürfen nicht älter als sechs Monate sein. Bestätigungen in anderer als deutscher Sprache müssen in einer Übersetzung vorgelegt werden. Der Bewerber garantiert die Richtigkeit der Übersetzung.

- Wir verpflichten uns, spätestens zum Zuschlagszeitpunkt eine Versicherung in dem geforderten Mindestumfang abzuschließen und eine entsprechende Bescheinigung vorzulegen.
- Eine Versicherung mit dem geforderten Mindestumfang haben wir bereits abgeschlossen. Wir verpflichten uns, spätestens zum Zuschlagszeitpunkt die Bescheinigung über die Versicherung vorzulegen. Dem Bieter ist bekannt, dass bei Nichtvorliegen der Bescheinigung das Angebot ausgeschlossen wird.

\_\_\_\_\_  
Firma  
Erklärender in Textform

\_\_\_\_\_  
Datum

## 4.2.3 Erklärung zur Bietergemeinschaft

**Hinweis:** Diese Erklärung ist nur einzureichen, sofern als Bietergemeinschaft angeboten wird. In diesem Fall ist die Erklärung auszufüllen und mindestens in Textform zu kennzeichnen.

Ich bin Bevollmächtigter folgender Bietergemeinschaft

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Name der Bietergemeinschaft (Bitte in allen Schreiben als Adressat verwenden)

|  |                  |   |
|--|------------------|---|
| <b>Bieter</b> und zugleich <b>Bevollmächtigter</b> der Bietergemeinschaft: | Name:            | - |
|  | Rechtsform:      |   |
|  | Straße:          |   |
|  | PLZ, Ort:        |   |
|  | Ansprechpartner: |   |
|  | Telefon:         | - |
|  | Telefax:         |   |
|  | E-Mail-Adresse   |   |

|   |                  |   |
|---|------------------|---|
| <b>Mitglied</b> der Bietergemeinschaft: | Name:            |   |
|   | Rechtsform:      |   |
|   | Straße:          |   |
|   | PLZ, Ort:        |   |
|   | Ansprechpartner: |   |
|   | Telefon:         | - |
|   | Telefax:         |   |
|   | E-Mail-Adresse:  |   |

# HAS DER KUNST

---

|   |                  |   |
|---|------------------|---|
| <b>Mitglied</b> der Bietergemeinschaft: | Name:            |   |
|   | Rechtsform:      |   |
|   | Straße:          |   |
|   | PLZ, Ort:        | - |
|   | Ansprechpartner: |   |
|   | Telefon:         | - |
|   | Telefax:         |   |
|   | E-Mail-Adresse:  | - |

|   |                  |   |
|---|------------------|---|
| <b>Mitglied</b> der Bietergemeinschaft: | Name:            |   |
|   | Rechtsform:      |   |
|   | Straße:          | - |
|   | PLZ, Ort:        |   |
|   | Ansprechpartner: |   |
|   | Telefon:         |   |
|   | E-Mail-Adresse:  |   |

Für ggf. weitere Mitglieder kann eine Kopie dieses Vordruckes verwendet werden.

\_\_\_\_\_  
Firma  
Erklärender in Textform

\_\_\_\_\_  
Datum

## 4.2.4 Bevollmächtigung der Bietergemeinschaft

**Hinweis:** Diese Erklärung ist nur einzureichen, sofern als Bietergemeinschaft angeboten wird. In diesem Fall ist die Erklärung auszufüllen und mindestens in Textform zu kennzeichnen.

---

**Bevollmächtigter der Bietergemeinschaft:**

\_\_\_\_\_  
Bevollmächtigte Firma  
Erklärender in Textform

\_\_\_\_\_  
Datum

Mit dieser Vollmacht beauftragen wir das oben als Bevollmächtigter der Bietergemeinschaft benannte Mitglied im Namen und Auftrag der Bietergemeinschaft zur rechtsverbindlichen Abgabe des Angebots, zu Abschluss und Vertragsdurchführung, zur Abgabe und Entgegennahme von Erklärungen sowie zur Vornahme von Verfahrenshandlungen.

Den Mitgliedern der Bietergemeinschaft ist bekannt und wird mit der Unterschrift bestätigt, dass alle Mitglieder der Bietergemeinschaft dem Auftraggeber gegenüber gesamtschuldnerisch haften.

**Mitglieder der Bietergemeinschaft:**

\_\_\_\_\_  
Mitgliedsfirma                      Datum

Für ggf. weitere Mitglieder kann eine Kopie dieses Vordruckes verwendet werden.

---

## 4.2.5 Erklärung über die Bereitstellung von Ressourcen

(Verpflichtungserklärung)

**Hinweis:** Diese Erklärung ist nur einzureichen, wenn sie auf Ressourcen Dritter zurückgreifen. In diesem Fall ist die Erklärung auszufüllen und mindestens in Textform zu kennzeichnen.

---

**Hinweis:** Die Erklärung ist vom Ressourcengeber (= Unterauftragnehmer) vollständig auszufüllen, nicht von demjenigen der die Ressource erhält. Fehlende oder fehlerhafte Eintragungen führen zur Ungültigkeit dieser Erklärung. Damit gilt die Erklärung im Bedarfsfall als nicht abgegeben. Auch konzernverbundene Unternehmen und freiberuflich Tätige sind Dritte in diesem Sinne.

### Das Unternehmen

Firma: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Telefax: \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse: \_\_\_\_\_

Ansprechpartner: \_\_\_\_\_

### erklärt, dass es dem Bieter

Firma: \_\_\_\_\_



## 4.2.6 Erklärung zum Datenschutz und zur Verschwiegenheit

**Hinweis:** Diese Erklärung ist jeweils von Einzelbietern, allen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft und allen Nachunternehmern auszufüllen und mindestens in Textform zu kennzeichnen.

---

Wir verpflichten uns, das Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Bundesdatenschutzgesetz) in der derzeit geltenden Fassung sowie alle sonstigen im Rahmen der Leistungserbringung maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften zum Datenschutz und zur Geheimhaltung zu beachten.

Weiter verpflichten wir uns:

- erlangte Daten und Informationen aus der Tätigkeit für den Auftraggeber nicht an Dritte weiterzugeben oder zu verwerten,
- erlangte Daten und Informationen nur dem für die Erreichung des Zwecks unmittelbar erforderlichen Mitarbeiterkreis zugänglich zu machen,
- die erlangten Daten nur vereinbarungsgemäß, insbesondere zur Problembehebung, zu verwenden und zu bearbeiten und diese Daten während der Dauer der vereinbarten Bearbeitungszeit sorgfältig gegen eine nicht vereinbarte Nutzung zu schützen,
- die Daten nach dem vereinbarten Gebrauch auf den betroffenen EDV-Anlagen vollständig zu löschen und ferner keine Datenkopien – unabhängig in welcher Medienform – zurückzubehalten (Datenkopien auf elektronischen Medien sind zu löschen. Ist eine Löschung nicht möglich, ist das Speichermedium unwiederbringlich im Rahmen des technisch Möglichen zu vernichten. Auf sonstigen Medien enthaltene Daten sind zu vernichten.),
- neben den elektronischen Protokollen des Betriebssystems jeden Zugriff schriftlich zu protokollieren und sämtliche Protokolle mindestens zwei Jahre aufzubewahren. Die Protokolle sind auf Anforderung dem Erklärungsempfänger zur Verfügung zu stellen. Die Umsetzung dieser Regelung wird im Projekt noch abgestimmt.

Wir werden bei Zuschlag alle im Projekt eingesetzten Personen entsprechend § 5 BDSG schriftlich auf das Datengeheimnis verpflichten und die Nachweise dem Auftraggeber auf Anforderung vorlegen.

# HAS DER KUNST

---

Bei Nichtvorlage dieser Verpflichtungen besitzt der Auftraggeber nach entsprechender Verzugsetzung ein außerordentliches Kündigungsrecht bzw. ein Rücktrittsrecht.

---

Firma  
Erklärender in Textform

---

Datum

## 4.2.7 Übersicht Unterauftragnehmer

**Hinweis:** Diese Erklärung ist nur einzureichen, wenn sie auf Ressourcen Dritter zurückgreifen. In diesem Fall ist die Erklärung auszufüllen und mindestens in Textform zu kennzeichnen.

- Ich werde nachfolgend aufgeführte Unternehmen als Unterauftragnehmer für die Leistungserbringung einsetzen.

Bitte vervollständigen Sie die Aufstellung über die Struktur der Unternehmen, die für die Leistungserbringung vorgesehen sind. Geben Sie zu allen in der Tabelle aufgeführten Unternehmen folgende Detailinformationen an:

| Unternehmen   |  |
|---|--|
| Bereich(e), in dem/denen Leistungen erbracht werden |  |
| Firma   |  |
| Rolle   |  |
| Anschrift   |  |
| Ansprechpartner                                     |  |
| Telefon / Fax / E-Mail                              |  |

# HAS DER KUNST

| Unternehmen   |  |
|---|--|
| Bereich(e), in dem/denen Leistungen erbracht werden |  |
| Firma   |  |
| Rolle   |  |
| Anschrift   |  |
| Ansprechpartner                                     |  |
| Telefon / Fax / E-Mail                              |  |

\_\_\_\_\_  
Firma  
Erklärender in Textform

\_\_\_\_\_  
Datum

Für ggf. weitere Unterauftragnehmer kann eine Kopie dieses Vordruckes verwendet werden.

## 4.2.8 Einwilligung Datenübermittlung

**Hinweis:** Diese Erklärung ist jeweils von Einzelbieter, allen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft und allen Unterauftragnehmern auszufüllen und mindestens in Textform zu kennzeichnen.

---

### Einwilligung zur Datenübermittlung

Der Auftraggeber wird bei der Durchführung des Vergabeverfahrens sowie insbesondere bei der Bewertung der Angebote extern unterstützt. Alle eingereichten Unterlagen werden daher auch den beteiligten Mitarbeitern dieser Dienstleister zugänglich gemacht. Diese Mitarbeiter unterliegen hinsichtlich aller Informationen zu den Bietern und zu den Inhalten der Angebote der Bieter der Geheimhaltungspflicht.

#### Erklärung:

Hiermit erkläre/n ich/wir mich/uns sowohl mit der zuvor beschriebenen Vorgehensweise des Auftraggebers als auch mit der Übermittlung der hiervon betroffenen Daten an den externen Dienstleister des Auftraggebers vollumfänglich einverstanden.

---

Firma  
Erklärender in Textform

---

Datum

## 4.2.9 Hinweise zur Datenverarbeitung

(EU-Datenschutzgrundverordnung – DSGVO)

### 1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher: siehe Kopfzeile sowie Ziff. 1.4 der Bewerbungsbedingungen.

Öffentlicher Auftraggeber gemäß den Vergabeunterlagen, insbesondere den Bewerbungsbedingungen.

### 2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie ein Angebot abgeben, werden folgende Informationen erhoben:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- zur Vertragsanbahnung und -abwicklung
- um Sie als Geschäftspartner identifizieren zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Angebotseinreichung hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Angebots und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen im Vergabeverfahren bzw. aus dem Vertrag erforderlich.

Die im Zuge des Beschaffungsvorhabens erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten (aus dem Kommunal- und/oder Vergaberecht) gespeichert (vgl. bzw. wg. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DSGVO) und danach gelöscht, es sei denn, Sie haben in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a) DSGVO eingewilligt.

### 3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO für die Abwicklung von vorvertraglichen und Vertragsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an externe Berater im Vergabeverfahren, Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte (z. B. im Nachprüfungsverfahren). Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

### 4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre vom Auftraggeber verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Ein-

schränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht beim Auftraggeber erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;

- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer beim Auftraggeber gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer beim Auftraggeber gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und der Auftraggeber die Daten nicht mehr benötigt, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie dem Auftraggeber bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren.

## 5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an den Auftraggeber.

---

Der Bewerber/Bieter/Auftragnehmer bestätigt, auf die vorstehenden Hinweise zur Datenverarbeitung hingewiesen worden zu sein und von ihrem Inhalt Kenntnis genommen zu haben, sowie mit der Geltung einverstanden zu sein.

---

Firma  
Erklärender in Textform

---

Datum

## 4.2.10 Erklärung zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit

1. Von ausbeuterischer Kinderarbeit sind insbesondere folgende Produkte betroffen:

- Sportbekleidung, Sportartikel, insbesondere Bälle;
- Spielwaren;
- Teppiche;
- Textilien;
- Lederprodukte;
- Billigprodukte aus Holz;
- Natursteine;
- Agrarprodukte wie z. B. Kaffee, Kakao, Orangen- oder Tomatensaft.

Enthält die Leistung oder Lieferung derartige Produkte, die in Afrika, Asien oder Lateinamerika hergestellt bzw. bearbeitet werden oder wurden? Ja  Nein

2. Falls ja, ist eine der beiden folgenden Erklärungen erforderlich. Bitte die entsprechende Erklärung **ankreuzen!**

- a) Ich/Wir sichere/n zu, dass die Herstellung bzw. Bearbeitung der zu liefernden Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinn des IAO-Übereinkommens Nr. 182 erfolgt bzw. erfolgt ist sowie ohne Verstöße gegen Verpflichtungen, die sich aus der Umsetzung dieses Übereinkommens oder aus anderen nationalen oder internationalen Vorschriften zur Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit ergeben. Ja

Kann die Erklärung unter Buchst. a nicht abgegeben werden, ist folgende Erklärung notwendig:

- b) Ich/Wir sichere/n zu, dass mein/unsere Unternehmen, meine/unsere Lieferanten und deren Nachunternehmer aktive und zielführende Maßnahmen ergriffen haben, um ausbeuterische Kinderarbeit im Sinn des IAO-Übereinkommens Nr. 182 bei Herstellung bzw. Bearbeitung der zu liefernden Produkte auszuschließen. Ja

3. Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich oder vorwerfbar falsche Abgabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat bzw. – nach Vertragsschluss – den Auftraggeber gegebenenfalls zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist berechtigt.

DATUM

ORT

Kennzeichnung des Bieters (mind. Textform nach § 126b BGB) für verbindliches Angebot  
[ Erklärende Person in DRUCKBUCHSTABEN ]

4.2.11

## Eigenerklärung

**zur Umsetzung von Artikel 5k\* Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576  
des Rates vom 8. April 2022**

des Bieters/der Bietergemeinschaft:

|  |
|--|
| Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.<br><hr/> |
| Name / Firma   |

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen
  - russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
  - juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
  - natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln.
2. Ich/wir erkläre(n), dass am Auftrag keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer, Eignungsleiher oder Lieferanten beteiligt sind (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf die Unternehmen entfallen).

**Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über eVergabe-System zusammen mit dem Teilnahmeantrag, der Interessenbestätigung oder dem Angebot gilt diese als vom Bewerber bzw. Bieter unterschrieben.**

**Bei der Abgabe des Teilnahmeantrages, der Interessenbestätigung oder dem Angebot durch eine Bewerber-/Bietergemeinschaft gilt diese Erklärung durch die nachstehende Angabe der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft von jedem Mitglied als unterschrieben:**

**Name der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft und Unterauftragnehmer:**

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

---

Name des Unternehmens

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

---

Name des Unternehmens

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

---

Name des Unternehmens

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

---

Name des Unternehmens

\* Artikel 5k der VO (EU) 2022/576 lautet wie folgt:

„(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung

medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
- e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
- f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“

---

Kennzeichnung in Textform  
gem. § 126b BGB

---

Datum